

30. Sitzung des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe – Öffentliche Anhörung zum Thema:

„Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“

Schriftliche Stellungnahme von Prof. Dr. Frank N. Pieke, Mercator Institute for China Studies, Berlin. (frank.pieke@merics.de; www.merics.org)

Inwieweit stellen religiöse Glaubensgemeinschaften aus Sicht der KP Chinas eine Herausforderung für ihren Machtanspruch dar und wie schätzen Sie deren tatsächliche Ressourcen dazu ein?

In der Volksrepublik China existieren fünf offiziell anerkannte Glaubensgemeinschaften, der Buddhismus, Daoismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus. Ihre Versammlungsorte und Personal müssen durch den Parteistaat zugelassen werden. Neben offiziell registrierten Gemeinden treffen sich Gläubige der christlichen Religionen auch in nicht registrierten Gemeinden, oft als Hauskirchen (Protestantismus) oder Untergrundgemeinden (Katholizismus) bezeichnet. Rund 180 Millionen Menschen verstehen sich als Buddhisten und/oder Daoisten, rund 23 Millionen Menschen gehören den zehn als muslimisch geltenden Ethnien an. In katholischen Glaubensgemeinschaften sind rund 12 Millionen Menschen aktiv, die Zahl der Protestanten wird – je nach Berücksichtigung von nur offiziell registrierten oder auch nicht registrierten Gemeinde auf zwischen 23 und 83 Millionen Menschen geschätzt.

Hatte die KP China zunächst bis Mitte der 1980er Jahre propagiert, dass Religion durch eine Verbesserung der materiellen Lebensumstände von selbst verschwinden werde, betrachteten spätere Führungsgenerationen Religion als funktionalistisch und wiesen den Glaubensgemeinschaften gewisse Tätigkeitsbereiche zur Stabilisierung und Verbesserung der sozialen Ordnung zu. Die heutige KP China unter Xi Jinping sieht in religiösen Glaubensgemeinschaften nicht mehr nur eine ideelle Konkurrenz und organisatorische Herausforderung, sondern immer mehr eine Bedrohung für den Machterhalt. Das auch in anderen Politikbereichen zunehmend dominierende Narrativ der „Sicherheit“ und die Fokussierung auf das Risiko der „Infiltration ausländischer Kräfte“ prägt dabei insbesondere den Umgang mit sogenannten „ausländischen Religionen“ (洋教), also dem Christentum und dem Islam.

Die KP will Religion als Vehikel nutzen, um eigene Werte zu transportieren

2015 gab Staats- und Parteichef Xi Jinping auf der Arbeitssitzung der KP-Einheitsfrontabteilung die Losung aus, dass die Religionen sich der sozialistischen Gesellschaft anpassen und „sinisieren“ müssen. Die Religionsverbände formulierten daraufhin Fünf-Jahres-Pläne mit Maßnahmen zur „Sinisierung“ der religiösen Lehren, Inhalte und Darstellungen (Protestantismus: Ende 2017, Katholizismus: August 2018, Islam: Februar 2019, Buddhismus: geplant für Mitte 2019). Zentrales Ziel der aktuellen Religionspolitik ist es, Religion als Vehikel zum Transport von der KP propagierter Tugenden wie Loyalität oder zur Stiftung eines kulturalistisch-spirituellen Nationalismus zu nutzen und so in den Dienst von Partei und Staat zu stellen.

Die KP-Führung hat eine Reihe von regulativen und administrativen Maßnahmen verabschiedet, um die Führungsrolle der Partei auch über Religion zu stärken:

- Im Februar 2018 traten die revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ in Kraft, die unter anderem organisatorische Grauzonen für religiöse Versammlungen schlossen, eine striktere Kontrolle von Spenden aus und Reisen ins Ausland etablierten.
- Im Laufe des Jahres 2018 folgten weitere, konkretisierende Erlasse für einzelne Bereiche, u.a. im September die „Maßnahmen zur Verwaltung von religiösen Informationen im Internet“, die Vorabgenehmigung der Inhalte erfordern und eine stärkere Kontrolle ermöglichen.
- Im März 2018 wurden die staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten in die KP-Einheitsfrontabteilung eingegliedert (auch wenn sie formal ihre Bezeichnung behalten), um eine stärkere ideologischer Kontrolle zu ermöglichen.

Die Bandbreite der initiierten Maßnahmen ist Ausdruck der wahrgenommenen Bedrohung: Von der architektonische Umwandlung von religiösen Bauwerken, Anpassung von Gottes- und Heiligendarstellungen an chinesische Gesichtszüge, Verankerung von ideellen Konzepten in der chinesischen Tradition, bis hin zu politischen Schulungen, Verhaftungen von führenden Geistlichen und Gläubigen, flächendeckende Überwachung in Tibet und massenweisem Freiheitsentzug zur politischen Indoktrinierung in Xinjiang. Aktuell scheinen Behörden in einzelnen Provinzen (mit „Erlaubnis“ der Zentralregierung) zu testen, wie sich repressive bis manipulative Eingriffe auf die Bevölkerung auswirken.

Die KPC überschätzt Ressourcen und Aktionspotential religiöser Gruppierungen

Es liegt in der Natur eines totalitären Regimes, das Bedrohungspotential von alternativen identitäts- und loyalitätsstiftenden Gruppierungen zu überschätzen, sei es organisatorisch oder ideell. Tatsächlich verfügen religiöse Glaubensgemeinschaften insgesamt über ein begrenztes Mobilisierungspotentials und limitierte Ressourcen:

- Die Anzahl offiziell erfasster Anhänger ist relativ gering; nicht-staatlich angebundene religiöse Gruppen wurden systematisch zur Registrierung gedrängt bzw. marginalisiert oder mit Gewalt aufgelöst.
- Offizielle Religionsstätten und digitale Plattformen sind umgeben von einem engmaschigen Überwachungsapparat, insbesondere durch Kameras, Zensurfilter und Mitarbeiter des staatlichen Sicherheitsapparats.
- Religionsausübung wird zunehmend durch Regularien und Pläne standardisiert und normiert; nicht-regelkonformes Verhalten wird in einigen Regionen über das soziale Bonitätssystem sanktioniert.
- Es gibt keine gewichtige Verknüpfung mit anderen potenziell das KP-Regime destabilisierende sozialen Gruppen (Arbeitern, Studierenden, etc.).

Trotz der begrenzten Ressourcen stellen Religiosität und Spiritualität bis zu einem gewissen Grad eine Herausforderung für den Machtanspruch der KPC dar:

- Umfragen, auch von chinesischen Wissenschaftlern, deuten auf sehr viel höhere Spiritualität in der chinesischen Bevölkerung hin (bis zu 50 oder gar 80 Prozent) – dies stört bzw. unterminiert die von der KP angestrebte ideologische Kontrolle.

- Größere Herausforderung für den Machterhalt der KPC: Muslimische Gemeinschaften verfügen z.T. immer noch über überregionale und internationale Netzwerke, insbesondere in Xinjiang haben sie eine politische Agenda im Sinne einer größeren Selbstbestimmung und Möglichkeiten der Ausübung der Religion; durch die anhaltenden Repressionen besteht die Gefahr der Radikalisierung.
- Begrenzte Herausforderung: Proteste tibetischer Glaubensgemeinschaften wurden z.Z. stillgelegt, können aber wieder aufflackern; christlich-inspirierte Gruppierungen verfügen oftmals über erstaunliche nationale Strukturen und internationale Unterstützung (z.B. die "Kirche des allmächtigen Gottes").

Wie reagiert die chinesische Bevölkerung auf die digitale Überwachung religiöser Minderheiten in Xinjiang und wie wirkt sich diese Form der Kontrolle auf die gesamte Gesellschaft aus?

In der politischen Kontrolle religiöser und ethnischer Minderheiten in Xinjiang spielen digitale Technologien eine zunehmend wichtige Rolle. Dies umfasst die beinahe flächendeckende Abdeckung mit Kameras, die verpflichtende Erfassung biometrischer Daten und ein enges Netzwerk von Polizeistationen und Kontrollposten, die Personenkontrollen mit Gesichtserkennung durchführen und so den Aufenthaltsort bestimmen. Technologieunternehmen verfolgen im Auftrag des Staates GPS-Signale und verknüpfen sie mit Ausweis- und anderen personenbezogenen Daten, um Bewegungs- und soziale Netzwerkprofile zu erstellen, wie durch eine von der GDI-Foundation aufgedeckten Sicherheitslücke deutlich wurde. Wi-Fi-Sniffer und verpflichtende Spyware sammeln außerdem Daten von Netzwerkgeräten, das Online-Verhalten und Aussagen werden ebenfalls auf sensitive Inhalte oder Anzeichen extremistischen Denkens überprüft. Hinzu kommen Berichte von Arbeitgebern, Polizei und anderen Akteuren, die das Verhalten der Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten bewerten.

Die hierdurch generierten Daten werden in eine zentrale Plattform zur Datenaggregation und -auswertung (Integrated Joint Operations Platform) unter Verwaltung der Sicherheitsbehörden eingespeist. Durch die Datenanalyse, bei der zunehmend auf KI gesetzt wird, sollen abnormales bzw. risikohaftes Verhalten identifiziert werden. Auf Basis dieser Einordnung und gesammelten Belege werden polizeiliche Untersuchungen eingeleitet und teils die Einweisung in Umerziehungslager veranlasst. Ziel ist letztlich die Schaffung gläserner Bürger zur präventiven Gefahrenabwehr. Die digitale Überwachung ist nicht auf Xinjiang beschränkt. Bereits jetzt wird in anderen Provinzen Gesichtserkennung und ethnisches Profiling eingesetzt, um Angehörige insbesondere muslimischer Minderheiten zu erkennen und zu überwachen.

Xinjiang als Versuchslabor für neue Sicherheits- und Überwachungstechnologien

Die digitale Überwachung ethnischer und religiöser Minderheiten in Xinjiang ist kein isoliertes Phänomen, sondern steht in engem Zusammenhang mit der Zunahme sozialer Kontrolle seit Xi Jinpings Machtübernahme im Jahr 2013. Insgesamt ist die Abdeckung mit Kameras hoch, nicht nur in Glaubensstätten wie Tempeln, Kirchen und Moscheen, sondern auch in Restaurants oder Bildungseinrichtungen, sowohl in Großstädten als auch in peripheren Dörfern. Zugfahrten erfordern landesweit eine Identitätsprüfung. Auch das automatisierte Monitoring und die Zensur von Online-Inhalten und Äußerungen sind fester Bestandteil der chinesischen Regierungsführung. Die Netzwerke von Polizeistationen und Kontrollposten sind auch in Tibet sowie angrenzenden Minderheitengebieten etabliert.

In diesem Kontext fungiert Xinjiang aktuell als Labor neuer digitaler Überwachungs- und Sicherheitstechnologien, vor allem bei der auf Big Data und KI basierten präventiven Gefahrenabwehr. Der politische Ansatz ist nicht neu, sondern stellt eine Weiterentwicklung des Sicherheitsnetzwerks dar, mit dem die Proteste und Selbstverbrennungen in Tibet in den vergangenen Jahren unter Kontrolle gebracht wurden. Einen qualitativen Unterschied zum Rest des Landes stellt hingegen die Menge der generierten Daten und die Komplexität des Überwachungssystems dar. Die Intensität der Kontrolle steht in direktem Zusammenhang mit dem wahrgenommenen Risiko für den Machterhalt der KPC und die soziale Stabilität.

Zwar sieht die Regierung in Bezug auf die breite Bevölkerung bislang keinen Bedarf nach einer solchen Überwachung, allerdings hat das in Xinjiang entwickelte Regime durchaus Implikationen für die breite Gesellschaft, insbesondere durch die Kooperation von Sicherheitsbehörden und Unternehmen. Die digitale Überwachung stellt einen lukrativen neuen Wirtschaftszweig dar und in Xinjiang gab es in den vergangenen Jahren einen Boom an Sicherheitstechnologieunternehmen, die ihre entwickelten Produkte auch in anderen Teilen des Landes bzw. darüber hinaus anpreisen. Vor dem Hintergrund des politischen Fokus auf Sicherheit können diese gegebenenfalls einen breiteren Einsatz finden, wenn sich kein öffentlicher Widerstand formiert.

Kaum Wissen über digitale Überwachung in Xinjiang, aber Sorgen um Datenschutz

Die staatliche Presse stellt die digitalen und analogen Kontrollmaßnahmen, wenn sie überhaupt angesprochen werden, als angemessen und effektiven Schutz vor Terrorismus dar. Die Ausschreitungen in Urumuqi in 2009 und Anschläge in Kunming 2014 und andernorts sind noch stark im öffentlichen Bewusstsein verankert, so dass in der breiten Bevölkerung invasivere Schutzmaßnahmen in Xinjiang und die verbesserten Sicherheitslage eher positiv bewertet werden.

Das Ausmaß der digitalen Überwachung in Xinjiang ist in der breiten Bevölkerung nicht bekannt, da Presseberichte und Online-Debatten stark zensiert werden. Ein Beispiel ist hier auch das in der internationalen Presse breit diskutierte Datenleak bei einem Sicherheitsdienstleister, der Zugriff auf behördliche personenbezogene Daten hatte. Der Vorfall wurde in der chinesischen Presse zwar diskutiert, allerdings ohne Verweis auf Xinjiang und die gezielte Sammlung von Daten, die Aufschluss über religiöses Verhalten geben. Dies heißt jedoch nicht, dass der Schutz der Privatsphäre und der Umgang mit personenbezogenen Daten nicht diskutiert werden. Zwar wird die Auseinandersetzung stark durch die staatliche Darstellung einer notwendigen Wahl zwischen Sicherheit und Schutz der Privatsphäre sowie einer höheren Toleranz gegenüber digitalem Monitoring des Verhaltens durch den Staat und private Unternehmen bestimmt. Gleichzeitig schärfen häufige Berichte über Leaks und Datendiebstahl das Bewusstsein um die Gefahren und lösen Forderungen nach besserem Datenschutz aus.

Die Han-chinesische Bevölkerung in Xinjiang ist selbst zu unterschiedlichem Grad von der digitalen Überwachung betroffen und empfindet die Kontrolle zum Teil als gravierende Einschränkung. Aufgrund bestehender ethnischer Spannungen und Wahrnehmung vor allem von Uiguren und anderen Angehörigen ethnischer Minderheiten als Gefahrenquellen, aber auch um nicht in Konflikt mit der Staatsmacht zu geraten, reagieren diese aber eher mit dem Versuch, ihren Wohnsitz in einen anderen Teil des Landes zu verlegen, als mit Protest oder Solidarisierung. Dies zeigt eine ungewollte Nebenwirkung des Kontrollregimes: Die Regierung braucht Han-Chinesen und deren Unterstützung bzw. Tolerierung in Xinjiang, um die Kontrolle aufrechtzuerhalten, aber es ist fraglich, inwieweit dies mit Untersagung des Wegzugs oder anderen Mitteln langfristig sichergestellt werden kann.